

Infoblatt 1/2007



Inhaltsverzeichnis

- 2 Dank
- 2 Gemeinderat
- 5 Bau- / Werk- und Planungs-
kommission
- 7 Schulkommission
- 8 Stiftungsrat Alters- und Pflege-
heim Wollmatt
- 9 RPK Stiftung Alterssiedlung
- 9 Verkehrskommission
- 10 Spezialkommission Fusswege
- 11 KELSAG



Liebe Dornacherinnen und Dornacher

Es freut uns, Ihnen wiederum ein Info-Blatt verteilen zu können. Es ist unser Ziel, Sie über einige Themen zu informieren, die in den verschiedenen Gremien diskutiert werden.

Wir greifen in dieser Ausgabe die folgenden Inhalte auf:

- Ausgewählte Projekte, mit denen sich der Gemeinderat befasst hat
- An wen muss man sich wenden, um den Gemeinderat oder eine Kommission auf einen nicht befriedigenden oder gefährlichen Sachverhalt aufmerksam zu machen?
- Wie kann der Gemeinderat verfolgen, ob die gefassten Beschlüsse umgesetzt werden?
- Die Baukommission berichtet über verschiedene Projekte, die laufen und geplant sind. Zudem beleuchtet sie die Problematik, wie sichergestellt werden kann, dass der Fortschritt der bewilligten Projekte überwacht wird.

- Die Schulkommission berichtet über die Schulsozialarbeit. Was wird damit bezweckt und welche Unterstützung wird angeboten.
- Die Verkehrskommission befasst sich mit den Tempo-30-Zonen und dem Geschwindigkeitsanzeigerät.
- Die Spezialkommission «Fusswege» fordert Sie auf, die Fusswege zu benützen und berichtet über den Stand der Umsetzung.
- Die KELSAG hat letztes Jahr gut gewirtschaftet. Über die zukünftige Entwicklung gehen die Meinungen allerdings auseinander.

Wir wünschen Ihnen eine schöne Sommerzeit. In Ihren Ferien wünschen wir Ihnen die Zeit, das zu tun, was Sie im geschäftigen Alltag vermissen.

Es würde uns freuen, wenn Sie uns Ihre Meinung über das Infoblatt mitteilen. Sie können dies ganz einfach per E-mail an info@fwd-dornach.ch tun.

Dank

An dieser Stelle seien ein paar Zeilen in eigener Sache erlaubt. Im letzten halben Jahr haben sich zwei Mitglieder der Freien Wähler aus der aktiven, oder besser «sichtbaren» Politik zurückgezogen.

Per Ende 2006 ist Rosmarie Erath aus dem Gemeinderat zurückgetreten. Sie ist eine erfahrene Politikerin, die mit einem ausgeprägten Gerechtigkeitsinn, grosser Warmherzigkeit und unverwüstlichem Humor die Anliegen im Gemeinderat vertrat. Ende Mai hat sie sich nun auch aus dem FWD-Vorstand zurückgezogen.

Hans Hasler, der in der laufenden Legislatur als aktiver Gemeinderats-Pensionär im Vorstand der FWD mitar-

beitet, hat sich per Ende Mai aus dem Vorstand verabschiedet. Er geht nach langen Jahren intensiven Engagements in der Gemeinde in den wohlverdienten Polit-Ruhestand. Mit Zuverlässigkeit, Optimismus und grosser Bereitschaft zuzupacken, wo es nötig ist, hat er in verschiedensten Gremien der Gemeinde und bei den FWD mitgearbeitet.

Die Freien Wähler danken Rosmarie Erath und Hans Hasler für ihr grosses Engagement in der Gemeinde und in unserer Gruppierung. Beiden wünschen wir alles Gute für die mandatsfreie Zukunft.

Für den Vorstand
Ursula Kradolfer

GEMEINDERAT

Seit sechs Monaten im Amt als Gemeinderat für die FWD

9 Mitglieder

FWD-Vertreter: Ursula Kradolfer (Vize-Präsidentin), Robert Leu, Daniel Urech

Robert Leu

Als Nachfolger von Rosmarie Erath hat sich Robert Leu seit Anfang Jahr in die breite Themenpalette des Gemeinderates eingearbeitet. In dieser Zeit wurden einige grosse Projekte beschlossen.

Nach knapp einem halben Jahr als Mitglied des Gemeinderats kann ich folgenden Zwischenbericht abgeben: Es braucht eine gewisse Zeit, um sich über die Verwaltung sowie die politischen Abläufe einen Überblick zu schaffen. Die Aufgaben sind sehr interessant, vielfältig und anspruchsvoll. Durch die Unterstützung unserer FWD-Ratsmitglieder (Ursula Kradolfer und Daniel Urech) ist mir der Einstieg in mein neues Amt leichter gefallen.

Zurzeit stehen uns im Bereich Bau drei grosse Projekte bevor: Ausbau Bahnhof Dornach / Arlesheim, neues Musikschulgebäude auf dem Gelände der heutigen Musikschule sowie der Anschluss Dornach an die H 18.

Nach grossem Engagement aller Beteiligten im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahn- und Busbahnhofes Dornach / Arlesheim konnten alle Verträge zwischen Gemeinde Dornach / Arlesheim, SBB, BLT, Kanton Solothurn und Basel-Landschaft unterzeichnet werden. Das Projekt liegt momentan beim Bundesamt für Verkehr zur Genehmigung. Der definitive Entscheid wird erst in ca. 14 Monaten vorliegen. Mit den Bauarbeiten muss aber im Verlauf des nächsten Jahres begonnen werden, damit die Bundessubventionen von der Gemeinde geltend gemacht werden können.

Vor kurzem wurde im Gemeinderat entschieden, welches Architekturbüro den Zuschlag für das neue Musikschulgebäude erhalten wird. Das erstplatzierte Planungsbüro hat ein sehr futuristisches sowie zweckmässiges Projekt eingereicht. Wenn mit der Zustimmung der Bevölkerung sowie der Planung alles gut verläuft, kann die Musikschule Ende 2008 ihren Unterricht im neuen Gebäude aufnehmen.

Das Strassenprojekt Anschluss Dornach an die H 18 hat schon einige hohe Wellen geschlagen, wie man der Presse entnehmen konnte. Bei diesem Projektvorschlag

handelt es sich um eine reine Machbarkeitsstudie. In dieser Angelegenheit ist noch nicht das letzte Wort gesprochen. Als nächster Schritt ist vorgesehen, dass die Bevölkerung in einem Mitwirkungsverfahren zum Projekt Stellung nimmt. Da werden sicher noch einige kritische Fragen sowie Änderungsvorschläge auftauchen.

Auch wurde das Naturkonzept, das durch die Umweltschutzkommission begleitet wurde, dem Gemeinderat vorgestellt und in Kraft gesetzt. Somit steht der Ge-

meinde Dornach ein wertvolles Arbeitsinstrument zur Verfügung. Das Naturkonzept ist eine Grundlage für die Gesamtplanung der Gemeinde. Auch dient es der Erhaltung, Aufwertung und Neuschaffung von Lebensräumen für Tier- und Pflanzenarten und Landschaftsabschnitte, die für die Naherholung sehr wichtig sind.

Ich freue mich auf weitere Aufgaben und bedanke mich für die gute Zusammenarbeit aller Beteiligten.

An wen muss ich mich wenden?

Daniel Urech

Wenn EinwohnerInnen Fragen, oder Anliegen haben, die sie den Behörden mitteilen möchten, dann stellt sich die Frage, an wen sie sich wenden können.

Eine häufige Frage, die an uns Gemeinderatsmitglieder gestellt wird, lautet: An wen muss ich mich wenden, um z.B. auf eine gefährliche Verkehrssituation aufmerksam zu machen? Diese Frage berührt Politik in ihrem Kern, da es um das Verhältnis von Bürgern und Staat geht. Ausgangspunkt dieses Artikels ist eine Diskussion im Gemeinderat, in der die Frage nach dem Verhältnis zwischen Privaten und Kommissionen im Zusammenhang mit Verkehrsmassnahmen angesprochen wurde.

Fazit dieser Diskussion war: «Einzelpersonen dürfen Kommissionen keine Aufträge erteilen.»

Anfragen sind keine Aufträge

Es ist richtig, dass eine Kommission nicht von irgendjemandem verbindliche Aufträge entgegennehmen darf. Sonst besteht die Gefahr, dass Kommissionen ohne Koordination mit der Verwaltung und anderen Kommissionen Anträge produzieren, die evtl. gar nicht nötig wären. Andererseits dürfen die Kommissionen selbstverständlich direkt angesprochen und auf Anliegen aufmerksam gemacht werden. Die Kommissionen sind aus interessierten, meist fachkundigen und motivierten EinwohnerInnen zusammengesetzt. Sie eignen sich daher als niederschwellige Kontaktstellen. Sie dürfen auch von

sich aus aktiv werden, wenn sie ein Problem in ihrem Aufgabengebiet erkennen. Allerdings sind sie aufgefordert, die Koordination mit den übrigen Organen der Gemeinde sicher zu stellen, bevor sie sich in grosse Arbeit stürzen (immerhin kosten sie die Gemeinde Sitzungsgelder und ihre Arbeitsressourcen sind begrenzt). Wenn also eine Privatperson eine gefährliche Verkehrssituation erkennt, diese der Verkehrskommission meldet, welche in Rücksprache mit der Gemeindeverwaltung einen Lösungsvorschlag erarbeitet und beantragt, ist dies ein Beispiel einer funktionierenden Zusammenarbeit.

Das Recht zu fragen – die Pflicht zu antworten

Das Zauberwort für die Frage, wie sich Private an die Staatsorgane wenden können ist die «Petition». Wörtlich übersetzt bedeutet das Wort lateinischer Herkunft «Bitte» oder «Frage». Das Petitionsrecht ist auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene verankert und gibt jedem das Recht, sich mit Eingaben irgendwelcher Art an die Behörden zu wenden. Auf Bundesebene sind die Behörden nur verpflichtet, die Petition zur Kenntnis zu nehmen. Des Weiteren darf dem Petitionär aus seiner Eingabe kein Nachteil entstehen. Der Staat ist ausserdem verpflichtet, die Petition an die zuständige Stelle weiter zu leiten. Der Kanton Solothurn (und mit ihm die Gemeinde Dornach) verfügt über ein grosszügigeres Verfahren. Artikel 26 der Verfassung des Kantons Solothurn sagt:

- Jeder hat das Recht, Gesuche und Eingaben an die Behörden zu richten.



- Die zuständige Behörde ist verpflichtet, innert angemessener Frist, jedoch
- vor Ablauf eines Jahres eine begründete Antwort zu geben.

Zur blossen Kenntnisnahme kommt also noch die Antwortpflicht. Diese ist sogar noch mit der Pflicht zu einer Begründung innerhalb einer Maximalfrist von einem Jahr ergänzt. Im schweizerischen Vergleich ist dies sehr bürgerfreundlich. Längst nicht alle Kantone kennen eine Antwortpflicht der Behörden.

Was heisst das konkret?

Was bedeutet dies nun für die Praxis? Am besten schickt man seine Anfrage an diejenige Stelle, die man als zuständig für das Anliegen ansieht. Das Gemeinde-

präsidium ist ebenfalls eine gute Adresse. Dies ist der Ort, wo die Koordinationsarbeit zwischen den verschiedenen Organen der Gemeinde geschieht; die Weiterleitung an die kompetente Stelle sollte dort gewährleistet sein. Wer seine Briefe lieber mit «Kopie an ...» verschickt, sollte allerdings darauf achten, dass klar ist, an wen sich die Anfrage richtet. Sonst besteht die Gefahr, dass sich niemand zuständig fühlt.

Die juristische Seite des Petitionsrechts mit der Antwortpflicht etc. ist blosser Hintergrund und sollte in einer funktionierenden Gemeinde selbstverständliche Praxis sein. Denn der fruchtbare Austausch zwischen EinwohnerInnen, Kommissionen, Gemeinderat und Verwaltung ist eine Grundbedingung für eine effiziente, wirksame und befriedigende Lokalpolitik!

Management Tool

Ursula Kradolfer

Es ist Aufgabe der Gemeindeverwaltung, die vom Gemeinderat erteilten Aufträge auszuführen. Das tut sie auch in der Mehrheit der Fälle. Einige Aufträge gehen aber irgendwo vergessen. Da hilft die gute alte Pendenzenliste.

Der Gemeinderat behandelt unzählige Traktanden mit den verschiedensten Themen und aus den unterschiedlichsten Bereichen. Er entscheidet, was getan werden soll und erteilt Aufträge an die Verwaltung. Sie erledigt die Aufträge und setzt sie um. Und meistens ist auch alles in Ordnung und wie gewünscht. Häufig erfahren wir aber nicht, ob die Aufträge ausgeführt wur-



den. So gehen manche Dinge vergessen – aus den Augen, aus dem Sinn.

Es kommt vor, dass gewisse Aufträge des Gemeinderates zwar in die Verwaltung hineingehen. Heraus dringt aber nichts mehr. Sie versickern sozusagen. Besonders sickerfähiges Terrain weist die Baubehörde auf. Ein Beispiel: Der Rat beauftragt die Bauverwaltung abzuklären, was es kosten würde, an der Kreuzung Quidumweg/ Gempenstrasse einen Spiegel zu stellen. Wir hören nichts. Ob der Auftrag auf dem Weg in die Verwaltung, oder innerhalb der Verwaltung versickert, oder ob er sogar ausgeführt wurde, aber den Weg aus der Verwaltung zurück zum Gemeinderat nicht mehr fand, wissen wir nicht. Das ist auch unerheblich. Tatsache ist: Das Ziel wurde nicht erreicht.

Laut Gesetz trägt der Rat die Verantwortung für die Tätigkeiten der Verwaltung. Wenn die Informationen darüber, ob die Aufträge ausgeführt wurden nicht (wie man erwarten sollte) von sich aus wieder zum Gemeinderat kommen, dann fordert sie der Rat ein. Das Stichwort dazu heisst: Pendenzenliste führen, Neudeutsch: task list. Sie ist das klassische Werkzeug (management tool) eines Vorgesetzten: Was wurde wann beschlossen und wer muss bis wann was getan haben. Aber eigentlich ist das nicht Aufgabe des Gemeinderates.

Bau- / Werk- und Planungskommission (BWPK)

7 Mitglieder

FWD-Vertreter: Rainer Dietwiler, Dieter Grass,
Robert Leu (Vizepräsident)

Letztes Mal stellten wir uns die Frage nach der Funktion der BWPK innerhalb der Gemeinde, zur momentanen Situation könnte man sagen:

«Also da können wir alle in die gleiche Richtung rudern, aber wenn der Fluss kein Wasser führt, heisst es warten bis es regnet.»

Kommunikation ist gefragt, das Weitergeben von Informationen. Grössere Bauvorhaben, welche von öffentlichem Interesse sind, sollten besser dokumentiert

werden, selbstverständlich mit Einbezug der Baukommission. Leerläufe, Unsicherheiten und Unzufriedenheiten der Bevölkerung könnten auf ein erträgliches Mass reduziert werden.

Die Terminierung der Strassen, Kanalisation und Wasserleitungen erweist sich als äusserst schwierig, insbesondere wurde bemerkt, dass in der Vergangenheit viele Budgetposten der Investitionsprogramme nicht realisiert wurden. Dies bescherte uns zwar eine schöne Schlussrechnung, der Handlungsbedarf aber steigt.

Das Geographische Informations-System GIS, welches wir im letzten Blatt vorgestellt haben, ist ein vorzügliches Instrument für Unterhalt und Planung. Der Kan-



Bahnhofareal Dornach / Arlesheim

ton verlangt, dass das GIS in den nächsten 5 Jahren von den Gemeinden aufgeschaltet wird.

Weitere Aufgaben sehen wir im Vollzug des vorhandenen Generellen Entwässerungs-Projektes GEP (Abwasser und Meteorwasser) und dem Generellen Wasser Projekt GWP (Trinkwasser). Auch hier möchten wir uns für eine klare konzeptionelle Vorgehensweise stark machen.

Die Aufgaben der BWPK sind nach wie vor nicht klar definiert. Anlässlich einer Aussprache mit dem Gemeindepräsidenten wurde bekräftigt, dass die BWPK die wichtigste gewählte Kommission in Dornach sei, gleichzeitig aber darauf hingewiesen, dass die Gemeinde neu laut Paragraf 104 auf eine solche Kommission verzichten kann!!!

Diese Aussage ist selbstredend, es wäre vermessen zu behaupten, dass sie unsere Arbeit erleichtert. Weiterhin wollen wir uns für eine transparente, zielgerichtete Baupolitik einsetzen.



Nepomukplatz



H 18 Anschluss

SCHULKOMMISSION (SK)

Schulsozialarbeit in der Gemeinde Dornach

9 Mitglieder

FWD-Vertreter: Helen Blatter, Gabi Geisenhoff,
Irène Hauser (Vizepräsidentin)

An der Gemeindeversammlung im letzten Dezember hat der Souverän der Einführung von Schulsozialarbeit in einer dreijährigen Pilotphase zugestimmt. Im August 2007 – zu Beginn des neuen Schuljahres – startet das Projekt.

Warum braucht eine Schule Schulsozialarbeit?

Über kaum ein Thema wird in den letzten Jahren so kontrovers diskutiert wie über die Schule. Auf der einen Seite stapeln sich Bücher über neue Konzepte in der Gewaltprävention, gesundheitsfördernde Schulen oder die Frage, wie bei Lehrkräften eine einführende Haltung gegenüber den Schülerinnen und Schülern geför-

dert werden kann. Dann wieder – so die Forderungen – sollen die Eltern in die Verantwortung für ihre schulmüden Kinder genommen werden, soll sich die Schule auf ihr Kerngeschäft Unterricht zurückbesinnen.

Schule und Soziale Arbeit stehen vor sich verändernden Lebenswelten, in deren Folge eine zunehmende Zahl von Individuen aus ihren Bindungs- und Versorgungsstrukturen herausgelöst werden. Schule und Soziale Arbeit erleben eine steigende Zahl von Kindern und Jugendlichen, die auf diese Belastungen mit Schulversagen und Schulverdrossenheit reagieren und deren Eltern in ihren Erziehungsanstrebungen Unterstützung brauchen. Die Schule ist auf der Suche nach schlüssigen Konzepten, die sie befähigen, zum Wohle der Schülerinnen und Schüler zu agieren statt nur zu reagieren und sie darin zu unterstützen, dass sie sich zu einer sozial handlungsfähigen Persönlichkeit entwickeln.



Was ist Schulsozialarbeit?

Schulsozialarbeit basiert auf dem Grundgedanken der räumlich-organisatorischen Annäherung. Es geht um die Integration von professionellen Methoden der Sozialen Arbeit in Form niederschwelliger Angebote in die Schule. Niederschwelligkeit bedeutet z.B. einfacher und freier Zugang zu den Angeboten (also keine Bedingungen definieren, keine langwierigen Vorabklärungen, kurze Wartezeiten). «Vor Ort» setzt die Präsenz im Schulhaus voraus. Nicht einmalig, nicht phasenweise sondern dauerhaft. Das ermöglicht der Schulsozialarbeit eine Beziehung zu den Schülerinnen und Schülern aufzubauen und wenn nötig, Eltern und Bezugspersonen beizuziehen.

Angebot

Das Angebot für Schülerinnen und Schüler umfasst folgende Schwerpunkte:

- **Beratung**
Beratung und Betreuung von Schülerinnen und Schülern und deren Bezugspersonen bei schwierigen Lebens- und Schulsituationen und in akuten Krisen.

Unterstützung in Konfliktsituationen zwischen verschiedenen Parteien in der Schule durch Moderation, Konfliktbearbeitung und Mediation (Vermittlung).

- **Koordination, Vernetzung, Triage**
Zusammenarbeit mit Lehrpersonen, schulischen Diensten und ausserschulischen Fachstellen
- **Projektarbeit**
Schulsozialarbeit unterstützt Lehrpersonen im Ausführen von Projekten und unterbreitet dem Lehrerteam aus ihrer Sicht aktuelle Projektthemen.
- **Prävention**
Schulsozialarbeit arbeitet mit Gruppen und Klassen zu Themen wie Selbstwert, Toleranz oder Grenz- anerkennung etc.

Auch in Büren wird zu Beginn des neuen Schuljahres Schulsozialarbeit eingeführt. Eine enge Zusammenarbeit für gemeinsame Projekte und das Nutzen von Synergien sind durch die Besetzung der beiden Stellen gegeben.

Wir sind überzeugt, dass Schulsozialarbeit auf lange Sicht ein gutes soziales Klima an unseren Schulen fördert, in schwierigen Schulsituationen entlastet und präventive Wirkung hat.

Stiftungsrat Alters- und Pflegeheim Wollmatt

6 Mitglieder

FWD-Vertreter: Hans Hasler (Präsident Heimkommission),
Marianne Morf

Hans Hasler

An der Sitzung des Stiftungsrates Wollmatt vom 3. Mai bin ich aus der Heimkommission und dem Stiftungsrat zurückgetreten. Ich freue mich, dass ich während fast zehn Jahren in diesem Stiftungsrat mitwirken konnte und während der letzten 5 1/2 Jahren das Präsidium der Heimkommission innehatte. Es waren teilweise bewegte Zeiten, manche schwierige Situationen mussten bewältigt werden. Ich danke für die Zusammenarbeit, die ich in dieser Zeit nach allen Richtungen hin erleben konnte.

Ich trete zu einem Zeitpunkt zurück, wo ich mit einem guten Gefühl auf das Alters- und Pflegeheim Wollmatt

blicke: wir haben eine kompetente, sozial engagierte und fähige Heimleiterin in Anita Filippi, die vor acht Jahren zunächst als Pflegedienstleiterin begonnen hat und dann im Jahr 2003 die Leitung übernahm. Mit Ursula Schönbächler haben wir eine versierte Leiterin der Administration und der Finanzen, mit Andrea Grün-schlag Blarer eine Pflegedienstleiterin, die das grosse Team schön zu leiten fähig ist. Und ich glaube, dass es unseren betagten Mitmenschen, die hier im Alters- und Pflegeheim Wollmatt eine neue Heimat gefunden haben, gut geht, soweit es einem eben im hohen und höchsten Alter gut gehen kann.

Meine besten Wünsche begleiten die weitere Arbeit und Entwicklung der Wollmatt.

RPK Stiftung Alterssiedlung

4 Mitglieder

FWD-Vertreter: Hans Reinacher (Präsident)

Wie jedes Jahr haben wir die Rechnung der Stiftung Alterssiedlung geprüft. Die Rechnungsführerin, Frau Pamela Studer, war – wie immer – sehr gut vorbereitet und

wir konnten die Rechnung für das Jahr 2006 speditiv prüfen. Auf alle unsere Fragen wurden fundierte Antworten gegeben. Auch auf die Fragen zu den Einnahmen und Ausgaben, die sich bei der Prüfung des Jahres 2005 stellten, erhielten wir umfassende Antworten. Frau Studer gebührt der Dank für ihre seriöse Arbeit.

Verkehrskommission

3 Mitglieder

FWD-Vertreter: Bruno Planer (Aktuar)

Es kommen immer wieder Hinweise auf Missstände und gefährliche Situationen aus der Bevölkerung. Wann kommt das Geschwindigkeits-Messgerät? Wann kommen die Tempo-30-Zonen?

Bereits sind wir «alte Hasen» in der Verkehrskommission. Das erste Jahr haben wir hinter uns und starteten bereits in unser zweites Jahr.

Der Hauptteil der Anliegen kommt von der Gemeinde. Die Regelung ist auch klar dahingehend, dass zuerst

der Gemeindepräsident sich der Sache annimmt und sie dann allenfalls an unsere Kommission weiterleitet.

Zum Glück gibt es aber auch die Kommunikation innerhalb der Bevölkerung. So kommen immer wieder Missstände und/oder gefährliche Situationen an die Öffentlichkeit, die dann von der Verkehrskommission aufgegriffen werden können und mit einer Stellungnahme beurteilt oder mindestens im Protokoll erwähnt und so behandelt werden.

Im weiteren sind wir immer noch in der Antragsphase für ein Geschwindigkeits-Messgerät. Dieses erachten wir vor allem als wichtiges Instrument in der Prä-



vention. Es wird dann an verschiedenen neuralgischen Standorten aufgestellt und liefert Daten für die Verkehrsstatistik. Bei einem ersten Test im Dorf konnten wir uns davon überzeugen, wie interessiert und aufgeschlossen die Bevölkerung gegenüber dieser Massnahme ist.

Ein weiteres Thema sind immer noch die Tempo-30-Zonen. In den umliegenden Dörfern gehören sie vielerorts bereits zum «Inventar» oder wurden in jüngerer Vergangenheit beschlossen und umgesetzt. Nur in Dornach warten wir immer noch auf diese für die Bevölke-

rung wichtigen verkehrsberuhigten Zonen, die auch einen Mehrwert an Lebensqualität mit sich bringen und zu einer gesteigerten Wohnqualität beitragen.

Wie immer gibt es auch aus dem Gemeinderat Positives zu berichten. Die Anträge der Verkehrskommission werden gegenüber früher in rekordverdächtiger Zeit behandelt und erledigt. Wir hoffen auch, dass die erlassenen Massnahmen von den zuständigen Stellen in genauso lobenswerter und rekordverdächtiger Zeit durchgesetzt werden.

Spezialkommission Fusswege

5 Mitglieder

FWD-Vertreter: Felix Heiber (Aktuar)

Jetzt geniessend die Fusswege benützen!!!

Die Kommission Fusswege wurde am 13. November 2001 gebildet.

Wie ich bereits in mehreren Infoblättern berichtet habe, bestand die Kommissionsarbeit vor allem darin, das Netz der Fusswege in Dornach auf Verbesserungen hin zu untersuchen und Vorschläge zu unterbreiten.

In mehreren Schritten wurden alle Fusswege begangen und auf mögliche Schwachstellen hin untersucht.



Inzwischen sind alle von der Kommission eingereichten und vom Gemeinderat akzeptierten Verbesserungsvorschläge und Arbeiten erledigt worden.

Nicht als Kommissionsmitglied, sondern als Privatperson, die mit offenen Augen interessiert und kritisch unterwegs ist, schreibe ich hier ein paar Zeilen zum Oberen Zielweg.

Der Obere Zielweg zählt zwar nicht zu den «Fusswegen» von Dornach, wird aber von Fussgängern als wichtige und gute Verbindung sehr geschätzt und dementsprechend häufig begangen.

Leider war dieser Weg während einer ausserordentlich langen Zeit wegen Bauarbeiten für jeglichen Verkehr gesperrt. Vor allem diejenigen, die sich aus eigener Kraft – also tatsächlich automobil – fortbewegen, haben den mühsamen Umweg jeweils sehr ungern auf sich genommen. Jetzt endlich gehen die Bauarbeiten ihrer Vollendung entgegen und man und frau dürfen sich füglich darauf freuen, diesen Weg wieder benutzen zu können.

Bei einer Begehung dieses Weges ist mir aufgefallen, dass das neue Bord teilweise sehr steil abfällt und insofern für Fussgänger recht gefährlich ist.

Gemäss Auskunft der Bauverwaltung war bei der Planung kein Geländer vorgesehen, es bleibt aber anzunehmen und zu hoffen, dass die zuständigen Behörden diesen Mangel noch rechtzeitig erkennen und an den gefährlichen Stellen nachträglich ein Geländer montieren lassen, um mögliche Unfälle mit schlimmen Folgen zu vermeiden.

Die Spezialkommission Fusswege besteht noch immer, wird aber erst dann wieder aktiv werden, wenn neue Aufgaben im Bereich der Fusswege zu erledigen sind.

Im Übrigen kann ich einmal mehr vermerken, dass die Zusammenarbeit in dieser Kommission sehr gut war und mir die Mitarbeit sehr viel Freude bereitet hat.

KELSAG-Kehrrichtbeseitigung Laufental-Schwarzbubenland AG

Ursula Kradolfer

Die KELSAG hat letztes Jahr erfolgreich gewirtschaftet. Über die zukünftige Entwicklung gehen die Meinungen allerdings auseinander.

Ende Mai fand die Generalversammlung der Kelsag statt. Wie in den vergangenen Jahren durften die Aktionäre, also die GemeindevertreterInnen, feststellen, dass der Vorstand der Kelsag sehr gute Arbeit geleistet hatte. Es konnten umfassende Abschreibungen und Rückstellungen vorgenommen werden.

Der Vorstand plant eine Vergärungsanlage zu bauen. Dafür wurde in der Rechnung 2006 eine Rückstellung von CHF 300'000.- ausgewiesen und in das Budget 2007/08 die zweite Tranche von CHF 1.7 Mio. aufgenommen. Die Versammlung folgte einem Antrag aus ihrer Mitte und strich diesen Betrag aus dem Budget. Ausserdem stimmte sie dem Antrag zu, CHF 220'000.-

an die Gemeinden zu verteilen, zur Entlastung der Abfallrechnung. Der Verwaltungsrat wies die Aktionäre darauf hin, dass er das Budget eigentlich nicht genehmigen lassen muss. Auf die Frage aus der Versammlung, wozu man denn dann hier sei, gab es keine Antwort.

In der teils heftig geführten Diskussion zeigte sich, dass die Gemeinden eine andere Auffassung davon haben wozu die Kelsag dienen soll, als der Verwaltungsrat. Dieser sieht sich als Führungsgremium eines Betriebes, der wie alle Betriebe wachsen muss. Er wirtschaftet so gut, dass Geld vorhanden ist. Mit dem Geld will er neue Geschäftsfelder erschliessen und die Firma Kelsag im Markt besser positionieren.

Die Aktionärinnen hingegen sind Gemeinden, die sich zusammengetan haben, um gemeinsam ihre Abfälle günstiger entsorgen zu können. Den Aktionärinnen wäre es lieber, wenn die gute Arbeit des Verwaltungs-



rates auch direkt den Gemeinden oder ihren EinwohnerInnen zugute käme. Sei es durch eine Auszahlung an die Gemeinden, oder günstigere Tarife bei der Entsorgung anderer Materialien. Tatsächlich aber werden die Tarife für die Verwertung des Grüngutes erhöht, und über die Preiserhöhung bei den Abfallsäcken wird auch nachgedacht.

Da ist es nicht verwunderlich, wenn der Eindruck entsteht, dass der Verwaltungsrat sich vor allem für die Kelsag einsetzt und erst in zweiter Linie für die Gemeinden. Es wäre wünschenswert, diese unterschiedlichen Sichtweisen einmal gründlich zu diskutieren, statt sie jedes Jahr in Form gleich lautender Anträge aufeinanderprallen zu lassen.

Liebe Leserinnen und Leser des FWD-Informationsblattes

Wenn Sie dieses Informationsblatt aufgeschlagen haben und bereits bis zu diesen Zeilen vorgedrungen sind, gehen wir davon aus, dass Sie ein gewisses, vielleicht sogar ein grösseres Interesse an diesem Blättchen haben, mit dem die FREIEN WÄHLER DORNACH regelmässig die Bevölkerung von Dornach über verschiedene dorfpolitische Situationen und Ereignisse orientieren.

Diesmal möchten wir uns an Sie als Leserinnen und Leser wenden und fragen, ob Sie eine Möglichkeit sehen, die Tätigkeit der FREIEN WÄHLER DORNACH zu unterstützen, indem Sie mit einem jährlichen Beitrag etwas zum finanziellen Aspekt dieser Tätigkeit beitragen.

Vertretung der Interessen der Bevölkerung im Gemeinderat und in den Kommissionen geschieht nicht von alleine, sie setzt immer voraus, dass sich jemand dafür einsetzt. Und um sich für etwas einsetzen zu können, brauchen die FREIEN WÄHLER finanzielle Mittel, auch wenn es sich in bescheidenem Rahmen bewegt: Druck der Info-Blätter, Durchführung von Versammlungen, Vorbereitung der alle vier Jahren stattfindenden Wahlen, Begrüssung junger und neu zugezogener Einwohnerinnen und Einwohner usw.

Sind Sie dabei? Helfen Sie mit einem Jahresbeitrag? Sind Sie daran interessiert, regelmässig auch über un-

sere Versammlungen orientiert zu werden? Dann melden Sie sich bitte telefonisch, brieflich oder per E-mail bei Hans Reinacher, Freie Wähler Dornach, Postfach, 4143 Dornach 2, Telefon 061 701 82 53, info@fwd-dornach.ch.

IMPRESSUM :

Infoblatt der Freien Wähler Dornach

Das Infoblatt ist das zwei Mal jährlich erscheinende Informationsblatt der Freien Wähler Dornach. Es wird von diesen selber an alle Haushaltungen verteilt. Fragen und Anregungen zum Infoblatt und zur Politik der Freien Wähler nimmt gerne unsere Redaktion, Telefon 061 701 82 53, entgegen. Schriftliche Kontaktaufnahme unter:

Freie Wähler Dornach
Redaktion Info-Blatt
Postfach
4143 Dornach 2

oder info@fwd-dornach.ch
Internet: www.fwd-dornach.ch
Redaktion: Hans Hasler, Ursula Kradolfer,
Hans Reinacher
Fotos: Felix Heiber, Robi Leu (BWPK)
Satz/Druck: WBZ, 4143 Reinach

Juni 2007